

«Wahrhaftige Ethik ruft Widerstände hervor»

Der St. Galler Wirtschaftsethiker Peter Ulrich (61) kämpft für mehr Moral und gute Sitten in der Wirtschaft

INTERVIEW: MARKUS ROHNER, St. Gallen

Umgeben von vielen neoliberalen Wirtschaftsprofessoren ist Peter Ulrich während mehr als 20 Jahren an der Universität St. Gallen seiner Aufgabe als Wirtschaftsethiker nachgegangen. Jetzt geht er mit einer kritischen Bilanz in den Ruhestand.

BaZ: Der «Fall Thielemann» hat in der Karwoche über die Schweiz hinaus für Schlagzeilen gesorgt. Ist jetzt die österliche Ruhe eingekehrt?

PETER ULRICH: Ich hoffe sehr, dass man heute wieder in Ruhe zu unterscheiden vermag zwischen Wissenschaft und Politik, vielleicht etwas souveräner als zuvor gezielte Vermischungen von beidem durchschaut und zu verhindern weiss.

Was darf eigentlich ein Wirtschaftsethiker sagen und was nicht?

Ethik im modernen philosophischen Sinn ist der Versuch, vorbehaltlos, unparteilich mit normativen Fragen umzugehen. Fragen der Art etwa, wie wir verantwortlich handeln oder wie wir gesellschaftlich fair zusammenleben sollen. In der Politik und im «normalen Leben» urteilen die meisten Leute nach Massgabe ihrer Interessen. Und wenn sie diese infrage gestellt sehen, dann opponieren sie.

Die Aufgabe der philosophischen Ethik ist es gerade, gegebene Interessenstandpunkte hinsichtlich ihrer Legitimität zu prüfen, dann gehört es dazu, dass man mit allen vorgefundenen Interessen und Ideologien kritisch umgeht. Ethik ist immer dann, wenn sie zur Praxis kommt, für nicht verallgemeinerungsfähige Interessen anstössig oder widerständig.

Und man verpasst dem Ethik-Professor das Etikett des Hofnarren.

Hofnarren waren Figuren, die das Recht hatten, unangenehme Wahrheiten auszusprechen, ohne dass es für sie schlimme Konsequenzen hatte. Man musste sie ja nicht ernst nehmen. Dann gab es im Mittelalter aber auch die Methode, den Überbringer der schlechten Nachricht zu köpfen. Im «Fall Thielemann» hatten wir eine historisch verspätete Variante dieses Modells. Die Entrüstung gilt dem Überbringer einer unangenehmen Botschaft, auch und gerade wenn sie den Kern der Sache trifft.



Kritisch. Neoklassische Ökonomen seien «systematische Moralskeptiker und ethische Relativisten», findet Wirtschaftsethiker Peter Ulrich. Foto Daniel Ammann

Sie und Ihr Institut haben in dieser Sache schon vor Jahren kritische Fragen gestellt und die Zusammenhänge analysiert.

Wir haben im Jahr 2000 für die Liechtensteiner Regierung eine Studie verfasst, in der es um die Stärken und Schwächen der liechtensteinischen Steuerpolitik ging. Damals haben wir uns gründlich in die OECD-Dokumente vertieft und erkannt, wie oberflächlich und leichtsinnig man in der Schweiz damit umging. Bis zu höchst-

«Es ging um nichts anderes als die Protektion der Steuerhinterziehung»

ten Stellen im Finanzdepartement des Bundes wurden die Probleme unter den Teppich gekehrt. So verstrichen neun Jahre ungenutzt, statt dass sich die Schweiz und der Finanzplatz vorbereitet hätten auf den internationalen Wettbewerb unter den Finanzplätzen. In Tat und Wahrheit ging es um nichts anderes als die Protektion der Steuerhinterziehung als einen nicht leistungsorientierten Wettbewerbsvorteil.

Was hat das mit Ethik zu tun?

Anders ist es gar nicht erklärbar, weshalb auf dem Finanzplatz Schweiz ein Drittel des weltweit offshore – das heisst ausserhalb des Herkunftslandes – angelegten Vermögens gehortet wird. Und dieses Geld kommt nicht nur aus dem reichen Westen, sondern auch aus armen Entwicklungsländern. Hier geht es um eine für unser Land sehr relevante ethische Problematik: um die Mitverantwortung der Schweiz für die grossen entwicklungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit.

Warum ist es Ihnen nicht gelungen, dieses Denken in der eigenen Universität stärker zu verbreiten und in die Köpfe der neoliberalen Turbos zu tragen?

Bezüglich der Betriebswirtschafts- und Management-Lehre ist das zum Teil gelungen. Der Lehrstuhl für Wirtschaftsethik besetzt jedoch innerhalb der HSG eine kleine Nische und hat begrenzte Kapazitäten. An vielen anderen Wirtschaftsuniversitäten gibt

es sie noch immer überhaupt nicht, vor allem wegen des Widerstands der Nationalökonomien. Die heute gelehrt neoklassische Ökonomik versteht sich als eine wertfreie exakte Wissenschaft und hat sich in ihrer Entwicklung von ihrer Mutterdisziplin, der Moralphilosophie, abgelöst. Wer nun mit ethischen Kategorien und Argumenten kommt, bedroht das Selbstverständnis dieser sich «rein» und «wertfrei» wählenden Disziplin.

Wer gelernt hat, ökonomisch in Kosten und Nutzen zu denken, für den ist alles, was im weitesten Sinn mit Wertfragen zu tun hat, bloss subjektiv. Neoklassische Ökonomen sind daher in aller Regel systematische Moralskeptiker und ethische Relativisten. Moderne Ökonomik und moderne praktische Philosophie sind wie Feuer und Wasser, sie vertragen sich nur schlecht.

Sie waren an der HSG während 20 Jahren der Störenfried und Stachel im Fleisch der Neoliberalen. Ist jetzt die Gefahr nicht gross, dass für Sie ein angepassterer Nachfolger gesucht wird?

Die Gefahr besteht zweifellos. Doch es liegt im Wesen opportunistischer, wahrhaftiger Ethik, dass sie unbequem ist, grundlagenkritisch arbeitet und Widerstände bei Interessenvertretern hervorruft. Es wäre also ein Alarmzeichen, wenn es um die Wirtschaftsethik an der HSG plötzlich ganz ruhig werden würde.

Peter Ulrich

GRÜNDUNGSDIREKTOR. Der Ökonom Peter Ulrich (61) lehrt seit 1987 an der HSG in St. Gallen Wirtschaftsethik. Zwei Jahre später war er der Gründungsdirektor des Instituts für Wirtschaftsethik, dem ersten dieser Art an einer deutschsprachigen Wirtschaftsfakultät. Anfang Mai scheidet Ulrich aus dem Amt. Ob schon bald die Nummer zwei des Instituts, Ulrich Thielemann (48), Ulrichs Nachfolge antreten wird, ist nach Thielemanns Aussagen vor dem Finanzausschuss des deutschen Bundestages in St. Gallen eine politisch heiss umstrittene Frage. M. R.

wie bitte?

Die **UBS** will Tausende Stellen streichen und trotzdem **vier Milliarden Franken Boni** ausschütten. *Parlamentarier sind empört, Finanzminister Hans-Rudolf Merz droht gar mit Interventionen. Warum die Aufregung? Hat die Politik die Bonus-Exzesse nicht längst gestoppt?*

Theoretisch ja – praktisch nein. Im März hat das Parlament die Boni-Politik der UBS scharf kritisiert. Der Nationalrat überwies bei dieser Gelegenheit eine Motion. Darin wird der Bundesrat verpflichtet, bei der UBS für tiefere Managerlöhne zu sorgen: Das Kader soll nur noch so viel verdienen wie etwa bei der Nationalbank. Der neue UBS-Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger hält sich bereits daran: Er begnügt sich mit 850 000 Franken Jahresgehalt. Boni will er keine. Die Motion bleibt jedoch ein Papiertiger, solange sie nicht auch vom Ständerat gutgeheissen wird. Zu-

dem ist der theoretisch verbindliche Auftrag an die Landesregierung nichts als ein frommer Wunsch: Obwohl Grossinvestor, hat der Bundesrat nämlich darauf verzichtet, einen Vertreter in den UBS-Verwaltungsrat zu entsenden. Sollte der Vorstoss definitiv überwiesen werden, könnte Finanzminister Hans-Rudolf Merz bloss an den periodisch stattfindenden UBS-Investorengeprächen entsprechenden moralischen Druck machen. Immerhin will die eidgenössische Finanzmarktaufsicht noch dieses Jahr ein verbindliches Rundschreiben an alle Banken richten. Sie wird dabei verlangen, dass alle Banken Boni nur noch bei gutem Geschäftsgang auszahlen. Es bewegt sich also doch etwas. mfu

Neugierig? Verwundert? Richten Sie Ihre Frage an politik@baz.ch oder per Brief an die BaZ, Postfach, 4002 Basel.

wortmeldungen

Dicke Post aus St. Gallen

HELMUT HUBACHER



Konrad Hummler ist Chef der Privatbank Wegelin in St. Gallen. Er präsidiert den Verband der schweizerischen Privatbanken. Hummler ist also nicht Mister Irgendwer. Journalisten führen mit ihm gerne Interviewgespräche. Hummler ist, wie es im Volksmund heisst, ein «frecher Hund». Dazu passt ein Zitat von Friedrich Dürrenmatt: «Ich war noch nie auf einer Demonstration. Ich bin selbst eine.» Hummler ist so ein Typ. Als konservativer Liberal-Radikaler ist Hummler in der FDP ein politischer Paradiesvogel. Mit einer (un)angenehmen Eigenschaft: Er sagt, was andere seiner Zunft nur heimlich denken. So hat er den Bundespräsidenten Hans-Rudolf Merz ausgerechnet an Ostern wie ein rohes Ei in die Pfanne gehauen. Merz sehe «nicht vertrauens-erweckend aus». Er sei ein politisches Weichei und als Finanzminister ein «Liebediener». In vorausseilendem Gehorsam habe er denen zehn Milliarden Franken versprochen, die unser Land auf der grauen Liste platzierten.

STRAFPREDIGT. Das sind die nicht ganz üblichen Freundlichkeiten unter freisinnigen Parteifreunden. Wobei die eigentliche Strafpredigt noch gar nicht erwähnt ist. Sie gilt ebenfalls dem Appenzeller Bundesrat. Um sie

zu verstehen, muss ich ausholen. Es geht um das Bankgeheimnis. Hummler bekennt sich dazu als Fan. Vor Jahren sagte er: «Wer nicht Steuern hinterzieht, ist dumm.» 85 Prozent der Steuerpflichtigen müssen ihrer Steuererklärung den Lohnausweis beilegen. Für sie gibts nichts zu hin-

Konrad Hummlers Geschäft ist das Fluchtkapital reicher Ausländer. Das sagt er ungeniert.

terziehen. Hummlers Geschäft ist das Fluchtkapital reicher Ausländer. Das sagt er ungeniert: «Selbstverständlich haben wir Fluchtkapital. Genau das wollen wir ja.» Nicht erst seit Kurzem steht das Bankgeheimnis unter Druck. Der Vorgänger von Merz, Kaspar Villiger, reiste regelmässig nach Brüssel. Und erklärte dasselbe: Das Bankgeheimnis sei nicht verhandelbar. Nur dass Villiger sich durchsetzte. Er bot der EU einen Alternativvorschlag an. Die Schweiz kassiere vom Fluchtkapital eine Quellensteuer und überweise sie nach Berlin, Paris, London oder wohin auch immer. Villiger ist eben ein Stratege. Er sah ein, dass man nicht alles behalten

kann, will man nicht zu viel verlieren. Es braucht im richtigen Moment den richtigen Vorschlag. Man sagt dem Kompromiss, mit dem beide leben können. Villiger nahm vom Bankgeheimnis Druck weg. Mit dem Angebot: «Wir schicken euch Geld.» Die Namen der reichen Steuerflüchtlinge bleiben geheim. Die Delegation aus Bern ging davon aus, deren Heimländern gehe es darum, dafür von ihnen die Quellensteuer zu bekommen. Genau da setzt Konrad Hummler an. Sozusagen mit dem Wort zum Sonntag: «Wir haben gesagt, die Quellensteuer sei eine Massnahme gegen die Steuerhinterziehung. Das war natürlich gelogen.» Das Fluchtgeld werde so angelegt, um die Quellensteuer zu umgehen.

HARDROCK. Wie bitte? Soll das heissen, die Schweiz hält nicht, was sie versprochen hat? Hummler sagt ja, wir seien «unehrlich». Diese Woche hat der Konzernchef der Zurich (Zürich-Versicherung) gesagt, «die Schweiz steht für Verlässlichkeit». Der Mann heisst James Schiro und ist Amerikaner. Hat er sich getäuscht? Spielt «Bern» mit der EU ein falsches Spiel? Dann sollte man sich über den politischen Hardrock aus Berlin nicht wundern. Wie meinte Erich Kästner: «Die Menschen sind gut, nur die Leute sind schlecht.» Bundespräsident Merz: Eine Erklärung wäre hilfreich.

ADLER UNABHÄNGIGKEITS-ERKLÄRUNG N° 3

UMSICHTIGE
BETREUUNG

NUR IHNEN VERPFLICHTET ZU SEIN, ERLAUBT UNS,
MIT IHREM GELD SO UMZUGEHEN, ALS WÄRE ES DAS UNSERE.

WWW.ADLERPRIVATBANK.CH

ADLER PRIVATBANK